



Beschlussvorlage

Drucksache 128/2016

- öffentlich -

Datum: 20.09.2016

Fachbereich	Fachbereich I		
Federführendes Fachgebiet	FG Interne Serviceleistungen		
Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion	
Rat	02.11.2016	beschließend	TOP

Betreff:

Einführung einer strukturierten Bürgerbeteiligung

Sachdarstellung:

In unserer Gesellschaft vollzieht sich mehr und mehr ein kommunalpolitischer Wandel. Die Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger bereit, Beschlüsse und Satzungen im Rahmen einer Obrigkeitsverwaltung unkommentiert hinzunehmen. Es besteht der Wunsch, frühzeitig informiert zu werden und mitreden zu dürfen. Bisher wird in Plettenberg dieser Entwicklung lediglich durch die Einführung des Bürgerhaushaltes gefolgt. Ansonsten beschränkt sich Bürgerbeteiligung auf die Einwohnerfragestunde vor jeder Sitzung und anlassbezogene Bürgerversammlungen.

Die bisherigen Bürgerversammlungen fanden unregelmäßig statt und bezogen sich stets nur auf ein bestimmtes Thema. Ein Gespräch zwischen Verwaltung, Bürgerschaft und Politik über verschiedene Themen ergab sich dabei nicht.

In Einwohnerfragestunden gibt es keine Themenvorgaben und sie finden regelmäßig statt, haben aber aufgrund ihrer Systematik entscheidende Fehler:

- a) Der Bürger darf nur Fragen stellen und keine Stellungnahmen abgeben
- b) Nur der Bürgermeister bzw. die Verwaltung kann antworten. Stellungnahmen und Antworten der politischen Vertreter sind nicht möglich.

Im Ergebnis führt dies bei allen Beteiligten zu Frustrationen.

Aus diesem Grunde hatte Herr Günther Carrels in der Ratssitzung am 23.06.2015 den Antrag gestellt, eine weitere Einwohnerfragestunde am Ende des öffentlichen Teils von Rats- und Ausschusssitzungen einzuführen. Ich sehe darin zwar eine leichte Verbesserung der Bürgerbeteiligung, da aber auch die nachgelagerte Einwohnerfragestunde den o.g. Einschränkungen unterliegt, wäre dies keine umfassende Lösung.

In mehreren deutschen Städten ist diese Problematik bereits erkannt worden und es wurde vor Ort eine strukturierte Bürgerbeteiligung eingeführt, wobei die jeweilige Umsetzung in unterschiedlichen Formen erfolgt. In der Hoffnung, dass sich solch eine Bürgerbeteiligung auch in Plettenberg einrichten lässt, hat Herr Carrels mit Schreiben vom 19.05.2016 gebeten, seinen Antrag zunächst ruhen zu lassen und zu einem späteren Zeitpunkt darüber zu beraten.

Das Thema sollte bereits in der Ratssitzung am 31.05.2016 behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt wurde aber von der Tagesordnung abgesetzt, da weiterer Beratungsbedarf in den Fraktionen bestand und die Verwaltung weitere Referenzen benennen sollte.

Erklärtes Ziel ist es, die Bürgerschaft vermehrt in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, mehr Transparenz zu schaffen und die allgemeine Politikverdrossenheit zu verringern. Auf der

anderen Seite bietet sich für die Politik die Möglichkeit, das Ohr nah an der Basis zu haben und weitere Quellen zur Informationsbeschaffung zu erschließen.

Um dies zu erreichen, bietet es sich an, regelmäßige Bürgerforen zu veranstalten, in denen sich alle Beteiligten auf Augenhöhe austauschen können. Eine Online-Partizipation ist im weiteren Verlauf des Projektes denkbar, zunächst geht es aber darum, die an den Tag gelegte Streitkultur der letzten Jahre nachhaltig zu verändern und Diskussionen offen auszutragen, statt in der Anonymität des Internets zahlreiche Foren zu füllen.

Wichtig bleibt festzuhalten, dass die Bürgerforen ein Medium des Informations- und Meinungsaustausches sein sollen. Es erfolgen keine Abstimmungen zu den besprochenen Themen und insbesondere ergibt sich aus dem Meinungsbild kein Mandat für den Rat. Das bedeutet, auch wenn sich innerhalb des Bürgerforums eine Mehrheit Pro oder Contra zu einem bestimmten Thema ergibt, ist der Rat der Stadt Plettenberg weiterhin in seiner Entscheidung frei und kann sich anders entscheiden. Ansonsten würde diese Bürgerbeteiligung den Grundzügen unseres Kommunalrechts widersprechen und es bestünde zudem die Gefahr, dass einzelne Interessengruppen durch vermehrtes Auftreten im Bürgerforum politikbestimmend werden.

Darüber hinaus soll die Einführung der strukturierten Bürgerbeteiligung zunächst durch einfachen Beschluss erfolgen. Ich gehe davon aus, dass sich das System langsam entwickelt und im Laufe der Zeit Anpassungen und Veränderungen notwendig sein können. Daher halte ich eine Erprobungsphase von 2 Jahren für notwendig. Erst danach erscheint es angebracht, die strukturierte Bürgerbeteiligung durch Satzung zu normieren.

Wie oben schon erwähnt halte ich die Einführung von regelmäßigen Bürgerforen für einen sinnvollen Einstieg in die strukturierte Bürgerbeteiligung. Um diese Idee erfolgreich umsetzen zu können, sollte aber die Bürgerschaft schon von Anfang an eingebunden werden. Ein von der Verwaltung fertig ausgearbeitetes „Paket Bürgerbeteiligung“ wird wahrscheinlich auf weniger Resonanz stoßen. Zur Vorbereitung schlage ich daher die Einberufung einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe vor, die Leitlinien entwickelt, anhand derer im Jahr 2017 erstmalig eine strukturierte Bürgerbeteiligung durchgeführt wird.

Eine Größe von 9 stimmberechtigten Mitgliedern erscheint dabei sinnvoll und angemessen, der Arbeitsgruppe sollen angehören:

- 4 Vertreter der im Stadtrat vertretenen Parteien als stimmberechtigte Mitglieder,
- 4 politisch unabhängige Bürgerinnen und Bürger als stimmberechtigte Mitglieder,
- vom Bürgermeister benannte Mitglieder der Stadtverwaltung als beratende Mitglieder und
- der Bürgermeister als geborenes Mitglied mit Stimmrecht.

Aus der Vielzahl von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung wurde Wert auf eine passende pragmatische Lösung gelegt, das Beispiel aus Filderstadt/Baden-Württemberg kann als Muster herangezogen werden. Auch das Handbuch Bürgerbeteiligung für Land und Gemeinde in Vorarlberg liefert gute Handlungsanweisungen.

Folgender Fahrplan wird vorgeschlagen:

01/2017	Informationsveranstaltung der Bürgerschaft mit Bildung des bürgerlichen Teils der Arbeitsgruppe
25.04.2017	Ratsbeschluß über das vorgelegte Modell
08.06.2017	Durchführung der 1. Plettenberger Bürgerstunde

12/2018 Bewertung der vorliegenden Ergebnisse und Entscheidung über die weitere Vorgehensweise

Finanzielle Auswirkungen

Der Mehraufwand richtet sich nach der Ausgestaltung der Richtlinien und kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt ..., die probeweise Einführung einer strukturierten Bürgerbeteiligung und benennt die stimmberechtigten Parteimitglieder für die Arbeitsgruppe. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, laut vorgestelltem Fahrplan zu verfahren.

Schulte